

**KANTONSRATSPROTOKOLL**

Sitzung vom 19. März 2024  
Kantonsratspräsidentin Schmutz Judith

**A 81 Anfrage Schumacher Urs Christian und Mit. über die Klärung der demokratischen Legitimation und der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Chancen und Risiken der Agenda 2030 im Kanton Luzern / Staatskanzlei**

Urs Christian Schumacher ist mit der Antwort des Regierungsrates nicht zufrieden und verlangt Diskussion.

Urs Christian Schumacher: Auf den ersten Blick spricht nichts gegen die Agenda 2030 und einen nachhaltigen Umgang mit unseren Ressourcen. Beschäftigt man sich tiefer mit den Hintergründen, kommt man aber immer zu den gleichen Akteuren, die vermutlich nichts anderes wollen als die volle Kontrolle über die Ressourcen unserer Erde und die Entmachtung der Nationalstaaten und ihrer freien demokratischen Gesellschaften. Ein Blick ins Ausland zeigt, dass zur Erreichung der Ziele schleichend und alternativlos eine tiefgreifende sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft mit Einschränkung der persönlichen Freiheiten und der Verhaltenskontrollen angestrebt wird. Eine wichtige Voraussetzung dazu ist die E-ID (staatlich anerkannter elektronischer Identifikationsnachweis) mit sämtlichen persönlichen und biometrischen Daten, über die später auch das digitale Zentralbankgeld und die Social Credits abgewickelt werden können. Sie glauben mir wohl nicht, aber erkundigen Sie sich, was gegenwärtig in Kanada läuft. Dort werden genau diese Vorbereitungen getroffen, dass Social Credits mit dem Bankkonto verbunden werden können. Ob die Regierung ihren eigenen strategischen Weg geht und nur Verbindungen zur Agenda 2030 aufzeigt oder doch Inhalte der Agenda 2030 ansteuert, sei dahingestellt. Seltsam ist, dass auch im Kanton Luzern gegen den Volkswillen die E-ID synchron mit der ganzen Welt eingeführt werden soll. Auf Punkt 17 der Agenda habe ich schon früher hingewiesen, dass private Partnerschaften wie die Weltgesundheitsorganisation (WHO), die Vereinten Nationen (Uno) und das Weltwirtschaftsforum (WEF) sowie private Stiftungen als Geldgeber eine wichtige Rolle spielen. Leider wurde meine Frage nicht beantwortet, ob solche Partnerschaften im Kanton Luzern angestrebt werden. Der Punkt 2 der Agenda lautet «Hunger beseitigen durch eine nachhaltige Landwirtschaft». Effektiv wird die produktive Landwirtschaft durch enorme Umweltauflagen und CO<sub>2</sub>-Abgaben zunehmend erschwert. Viele Kleinbetriebe müssen aufgeben, da sie die übertriebenen Anforderungen nicht erfüllen können. Dagegen übernehmen Grossinvestoren die Kontrolle der Nahrungsmittelproduktion. Derzeit demonstrieren deutsche Bauern an der polnischen Grenze, weil billiges Getreide aus der Ukraine importiert wird. Dieses Getreide stammt nicht etwa von ukrainischen Bauern, sondern von amerikanischen Grossinvestoren, denen wie in den USA und Europa riesige Agrarflächen gehören. Gemäss der Agenda wird die Tierhaltung als Umweltbelastung schlechtgeredet.

Diejenigen, die ihnen dieses Narrativ verkaufen, sind aber die Gleichen, die einen Markt für ihr patentiertes Kunstfleisch und ihre Insektennahrung schaffen wollen. Der Punkt 7 der Agenda lautet «Zugang zu sauberer, nachhaltiger, bezahlbarer Energie». Effektiv wird die Energie durch Abschaltung von Atomkraftwerken, Zerstörung von Infrastruktur, Wirtschaftssanktionen und unsicheren Alternativen massiv verteuert. Durch staatliche Sanierungsvorgaben werden Eigenheime nicht mehr finanzierbar, sodass Besitzer in Smart Cities umsiedeln müssen. Gleichzeitig machen Energielieferanten gigantische Profite. Denken wir die Nachhaltigkeit zu Ende, bevor wir uns den Zwängen einer Agenda unterwerfen.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Fabian Peter.

Fabian Peter: Es geht insbesondere um zwei Themen: um die Nachhaltigkeit und die Agenda 2030. Das Thema der Nachhaltigkeit ist bei uns mit verschiedenen Instrumenten verankert – auch in der Bundesverfassung – und damit aus Sicht der Regierung auch rechtlich legitimiert. Ihr Rat hat bestimmt, dass das Thema Nachhaltigkeit in der Legislaturplanung, in der Aufgabenplanung sowie in der Finanzplanung mit einbezogen und umgesetzt werden soll. Aus unserer Sicht ist es deshalb politisch legitimiert. Zur Agenda 2030 hat ebenfalls das Parlament gefordert, dass die Bezüge zwischen der kantonalen Legislaturplanung und den globalen Nachhaltigkeitszielen sichtbar gemacht werden. Das haben wir ebenfalls umgesetzt.